

*„Ich möchte nicht in einer Welt leben,  
in der alles, was ich tue und sage, aufgezeichnet wird.  
Solche Bedingungen bin ich weder bereit zu unterstützen,  
noch will ich unter solchen leben.“*

Edward Snowden



## 5 Jahre Snowden-Enthüllungen

### Geheimdienstliche Ausspähung – Sargnagel der freiheitlichen Gesellschaft

Mitte 2013 waren gerade die Arbeiten der Enquête-Kommission *Internet und digitale Gesellschaft* zum Abschluss gekommen. In der Ausgabe 2/2013 hatten wir dieser Kommission einen umfassenden Schwerpunkt gewidmet. Das Heft war bereits fertig, da erreichten uns die ersten Nachrichten über die umfassende Überwachung des gesamten weltweiten Datenverkehrs im Internet durch die US-amerikanische *National Security Agency* (NSA). Ein wenig verstört ergänzten wir das Heft beim Inhaltsverzeichnis um einen kurzen Hinweis:

*„Der Redaktionsschluss dieses Hefts lag vor dem Zeitpunkt, zu dem das Projekt PRISM öffentlich bekannt wurde. Mit dieser Kenntnis wären einzelne Bewertungen möglicherweise anders ausgefallen.“<sup>1</sup>*

Der Vorsitzende der Kommission und alle Obleute der Bundestagsfraktionen hatten – ebenso wie einige Sachverständige – Beiträge zu der Ausgabe geleistet. Doch mir erschien das gerade fertig gestellte Heft, auf das ich so stolz gewesen war, plötzlich als ziemlich wertlos, ging es darin ja gerade darum, wie wir das Internet der Zukunft positiv gestalten können. Aus heutiger Sicht fällt auf, dass das Thema der geheimdienstlichen und militärischen Überwachung in der Enquête-Kommission praktisch keine Rolle gespielt hat. Überhaupt sind ihre auf rund 2.000 Seiten festgehaltenen Ergebnisse (leider) weitgehend in Vergessenheit geraten.

Im folgenden Heft 3/2013 widmeten wir dann den immer weiter gehenden Enthüllungen einen eigenen Schwerpunkt. Im *Brief an das FlFF<sup>2</sup>* war zu lesen:

*„... Es war der Tag<sup>3</sup>, an dem wir einer Illusion beraubt wurden: der Illusion der freien Kommunikation im Internet als eines Grundbausteins der freiheitlichen Demokratie.“*

*Am 6. Juni 2013 wurden erstmals Unterlagen veröffentlicht, die auf eine umfassende Überwachung der Bevölkerung durch den US-amerikanischen Geheimdienst NSA – die National Security Agency – hinweisen. In den folgenden Wochen wurden immer weitere Enthüllungen öffentlich – über die Ausspähung durch die NSA, durch den britischen Geheimdienst GCHQ, zuletzt gab es Berichte über eine intensive Zusammenarbeit mit dem deutschen Bundesnachrichtendienst. Auch die anfänglichen Beteuerungen, die Überwachung würde sich im Rahmen des geltenden Rechts bewegen, wurden zunehmend angezweifelt. Was wäre das aber auch für ein Recht, das eine solche umfassende Ausspähung zulässt?*

*Die Reaktionen der verantwortlichen Bundesregierung waren auffällig verhalten. Artig fragte man bei den USA an, ob sie denn wohl deutsches Recht gebrochen hätten. Auf weitere Nachfragen erklärten Regierungsvertreter, sie wüssten von nichts. Am Ende wurde das Thema noch zum Wahlkampftheater<sup>4</sup>, bevor Kanzleramtsminister Ronald Pofalla die Affäre kurzerhand für beendet erklärte.*

Davor, dass Geheimdienste zu solchen Mitteln greifen, hatten ExpertInnen immer wieder gewarnt. Wir wussten seit 2001 von Echelon, in Bad Aibling, und gerade hatte der Historiker Josef Foscchepoth die Überwachung des Post- und Telekommunikationsverkehrs in Deutschland seit dem 2. Weltkrieg in einer umfassenden, auf Originalquellen basierenden Studie<sup>5</sup> dokumentiert – viele hielten es dennoch damals nicht für möglich, dass eine Überwachung in einem solchen monströsen Ausmaß stattfindet. „Verschwörungstheorien!“ hieß es davor häufig; eine auch heute gern genommene Methode, unerwünschte Ansichten zu diskreditieren<sup>6</sup>. Die Enthüllungen von Edward Snowden, deren Validität wohl nicht mehr in Zweifel gezogen wird, hast uns eines klar gemacht: Die Ausspähung existiert und wird immer weiter verfeinert.

### Konsequenzen

Glenn Greenwald schreibt in seinem Buch über die durch Edward Snowden bekannt gemachte Überwachung:

*„Bei unserem allerersten Kontakt sagte Edward Snowden, er fürchte nur eines, wenn er an die Öffentlichkeit gehe: dass seine Enthüllungen mit Gleichgültigkeit und Desinteresse aufgenommen würden und er dann sein altes Leben umsonst aufgegeben und für nichts eine Haftstrafe riskiert hätte.“<sup>7</sup>*

Es ist wohl nicht mehr zu bestreiten, auch wenn die Diskussion über die Enthüllungen von Edward Snowden, 5 Jahre danach, weitgehend abgeebbt ist: Zweifellos hat er vieles bewegt, seine Befürchtungen hinsichtlich Gleichgültigkeit und Desinteresse haben sich nicht bewahrheitet.<sup>8</sup> Das Bewusstsein für IT-Sicherheit<sup>9</sup> und Datenschutz hat zugenommen. Verschlüsselung wird zur Selbstverständlichkeit. Man darf annehmen, dass sich die Snowden-Enthüllungen auch positiv auf die Debatten um die europäische Datenschutz-Grundverordnung ausgewirkt haben, die trotz erbittertem Widerstand der Profiteure des weltweiten Datenhandels ebenfalls in diesen Tagen in Kraft getreten ist.<sup>10</sup>

Doch andererseits können wir naiv fragen: Kann es denn sein, dass wir uns, unsere Grundrechte, gegen unseren eigenen Staat, den Staat den wir beauftragt haben, unsere Interessen wahrzunehmen, durch Verschlüsselung und weitere Maßnahmen der IT-Sicherheit schützen müssen? Ich erwarte von meinem Staat, dass er mir die Einhaltung der verfassungsrechtlichen Grundrechte garantiert. Der demokratische, freiheitliche Staat darf keine Institution sein oder betreiben, gegen den ich mich verteidigen muss, damit meine Grundrechte gewährleistet sind.

Edward Snowdens Handeln gilt heute vielen als beispielhaft; mehrere Bürgerrechtspreise wurden ihm verliehen. Stellvertretend seien hier genannt der Fritz-Bauer-Preis der Humanistischen Union 2014<sup>11</sup> und der Internationale Whistleblower-Preis 2013<sup>12</sup>; vergeben von Transparency International, der International Association of Lawyers against Nuclear Arms (IALANA) und der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler.

In Deutschland wurde die Überwachung in einem Untersuchungsausschuss aufgearbeitet, der in seinem umfangreichen Bericht vieles ans Licht gebracht hat. Doch bereits über dessen Ergebnisse herrscht Uneinigkeit. In ihrem umfassenden Sondergutachten kommt die Opposition zu anderen Ergebnissen als die VertreterInnen der Regierungsfractionen – dieses wurde zunächst nicht veröffentlicht, da es aus Sicht des Vorsitzenden als geheim eingestufte Inhalte enthielt. Auf dem Abschlussbericht<sup>13</sup>, der dem Deutschen Bundestag vorgelegt wurde, fehlen die Namen der Obleute der Oppositionsfractionen, Konstantin von Notz (Bündnis 90/Die Grünen) und Martina Renner (Die Linke) – sie wurden vom Vorsitzenden des Ausschusses, Patrick Sensburg, kurzerhand ihrer Funktion enthoben. Sensburg selbst hatte allerdings, Wochen vor der Veröffentlichung des Abschlussberichts, in einer Buchpublikation<sup>14</sup> seine Sicht der Dinge dargestellt. Allein dieser Vorfall zeigt, in welchem Ausmaß es hier um die Deutungshoheit ging – aber Deutungshoheit in wessen Interesse und in wessen Sinn?

Snowden lebt immer noch im Exil in Russland; in seiner Heimat USA erwartet ihn wohl mindestens eine langjährige Haftstrafe. Aktuelle Gesetzgebungsvorschläge verstärken die geheimdienstliche Überwachung. Nur ein Beispiel unter vielen ist der sogenannte „Hessentrotz“, mit dem in Hessen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen weitgehende Befugnisse für den Verfassungsschutz festgeschrieben werden sollen. In anderen Bundesländern ist die Debatte über entsprechende Landesgesetze voll entbrannt, so beispielweise in Bayern. In Bremen wurden entsprechende Initiativen (vorläufig?) auf Eis gelegt.

Wie schwierig es ist, gegen die geheimdienstliche Überwachung vorzugehen, zeigt gerade wieder der gescheiterte Versuch der Betreiberunternehmens des weltweit größten Internet-Knotens DE-CIX in Frankfurt am Main, die Ausleitung des Internetverkehrs an den BND vor dem Bundesverwaltungsgericht anzugreifen. Es überrascht dann auch nicht mehr, wenn auch der Untersuchungsausschuss Ziel geheimdienstlicher Spionage gewesen sein sollte: Offenbar hat der als Spion der CIA verhaftete BND-Beamte Markus R. auch über den NSA-Untersuchungsausschuss Bericht erstattet.

All das lässt die Frage aufkommen: Haben wir es hier „nur“ mit unterschiedlichen politischen Sichtweisen der Bürgerrechte –

Freiheit vs. Sicherheit – zwischen politischen Parteien mit unterschiedlichen Wertvorstellungen zu tun, oder mit der Stabilität und Macht von (Sicherheits-) Behörden, die schon längst in der Lage sind, sich jeglicher demokratischen Kontrolle zu entziehen?

Mit unserer umfangreichen Retrospektive anlässlich des 5. Jahrestags der Enthüllungen von Edward Snowden laden wir dazu ein, über solche Fragen zu reflektieren. Dazu haben wir drei Beiträge von 2013 zusammengestellt, mit denen damals über die Ereignisse berichtet und sie kommentiert wurden:

- von **Andre Meister** (*netzpolitik.org*) stammt der erste Bericht, in dem er damals über die ersten Informationen über PRISM berichtete, dem Programm zur Ausspähung von Personen innerhalb und außerhalb der USA, die digital kommunizieren und an dem unter anderen offenbar die größten Internetkonzerne wie Microsoft, Google, Facebook, Yahoo, Apple und AOL beteiligt waren,
- **Sara Stadler** hatte eine Chronologie der Ereignisse auf Basis von Berichten unterschiedlicher Medien zusammengestellt, die den Fortgang der Ereignisse nach den Enthüllungen illustrieren und die wir ebenfalls hier wiederholen,
- **Klaus Fuchs-Kittowski** stellte die Frage nach ethischem Handeln in der Informatik und der Rolle von Whistleblowern wie Edward Snowden.

Insgesamt wollen wir mit dieser Retrospektive dazu einladen, die Ereignisse und Enthüllungen der letzten fünf Jahre zu reflektieren. Hatten sie die richtigen Konsequenzen? Haben die Enthüllungen zu einem bürgerrechtlichen Fortschritt geführt? Welches Gewicht hat die freie und unbeobachtete Kommunikation als Bürgerrecht – auch angesichts terroristischer Bedrohung? Und was ist auf dem Weg zu einer freiheitlichen Gesellschaft noch zu tun?

Manche haben die Veröffentlichungen von Edward Snowden schockiert, manchen erschienen sie unerfreulich aber nicht überraschend, manche hielten sie für eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit, gar für Verrat. In den vergangenen fünf Jahren sind rechtspopulistische und autoritäre Parteien und Regierungen weltweit auf dem Vormarsch. Welchen Nutzen ziehen sie aus der geheimdienstlichen Überwachung? Wie würden sie deren Arbeit bewerten. Damals hatten wir Erich Mielke zitiert, der sich und die Tätigkeit der Staatssicherheit 1989 rechtfertigte:

*„Ich liebe – Ich liebe doch alle – alle Menschen – Na ich liebe doch – Ich setze mich doch dafür ein.“*

Wollen wir auf diese Weise „geliebt“ werden?

## Anmerkungen

- 1 *FifF-Kommunikation 2/2013, S. 2*
- 2 *Der Traum ist aus. Brief an das FifF, FifF-Kommunikation 3/2013, S. 5–6*
- 3 *Der 6. Juni 2013, der Tag, an dem die Berichte über das Projekt PRISM öffentlich wurden. Zuvor war bereits bekannt geworden, dass in den USA der Telefonanbieter Verizon ausgespäht worden war.*

4 Wir erinnern uns: Damals standen die Bundestagswahlen 2013 unmittelbar bevor.

5 Josef Foscchepoth (2012): Überwachtes Deutschland. Post- und Telefonüberwachung in der alten Bundesrepublik. Göttingen und Bristol CT USA: Vandenhoeck & Ruprecht. Der Band kann auch über die Bundeszentrale für politische Bildung bezogen werden.

6 Dem Autor ist sehr bewusst, dass häufig haarsträubender Unsinn verbreitet und völlig zu Recht als „Verschwörungstheorie“ verworfen wird. Offenbar ist es aber nicht immer einfach, zu unterscheiden. Dafür bedarf es der Medienkompetenz: Die Fähigkeit, Nachrichten kritisch zu beurteilen (und sich dabei auch nicht vom eigenen Weltbild täuschen zu lassen), ist wohl eine der wichtigsten Qualifikationen der digitalen Gesellschaft. Dies hat auch die Enquête-Kommission festgestellt.

7 Glenn Greenwald (2014): Die globale Überwachung. Der Fall Snowden, die amerikanischen Geheimdienste und die Folgen. München: Droemer-Verlag

8 Zu einer ernüchternden Einschätzung kommt dagegen Daniel Leisegang: Er stellt fest, „... dass die politische und juristische Aufarbeitung des Abhörskandals hierzulande keine nennenswerten Konsequenzen zeitigte. Im Gegenteil hat die Macht des BND in den vergangenen Jahren erheblich zugenommen. [...] Dafür verantwortlich ist vor allem das dramatische Versagen der parlamentarischen Kontrolle. Sie hat die massenhafte Ausspähung weder im Vorfeld verhindert noch im Nachhinein aufgeklärt.“ Daniel Leisegang (2018): Fünf Jahre NSA-Affäre: Die neue Macht des BND. Blätter für deutsche und internationale Politik 6'18, S. 21–24

9 Wobei IT-Sicherheit, gerade im Zusammenhang mit Edward Snowden, differenziert betrachtet werden muss: Bob Toxen hat darauf hinge-

wiesen, dass wir die Snowden-Enthüllungen möglicherweise gerade mangelnder IT-Sicherheit bei der NSA zu verdanken haben: Bob Toxen (2014): The NSA and Snowden: Securing the All-Seeing Eye. How good security at the NSA could have stopped him. Communications of the ACM Vol. 57 No. 5

10 Freilich gibt es auch berechtigte Kritik an der Datenschutz-Grundverordnung; stellvertretend Alexander Roßnagel (2018): Datenschutz-Grundverordnung – was bewirkt sie für den Datenschutz? in: vorgänge. Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik #211/212 (1/2–2018) S. 17–29 und in diesem Heft, S. 15–21

11 Informationen dazu unter [http://www.humanistische-union.de/veranstaltungen/buergerrechtspreise/fritz\\_bauer\\_preis/2014/](http://www.humanistische-union.de/veranstaltungen/buergerrechtspreise/fritz_bauer_preis/2014/). Auch die Verleihung des Fritz-Bauer-Preises 2018 an Hans-Christian Ströbele steht in dieser Tradition, nachdem seine politische Arbeit auch stets der Kontrolle von Geheimdiensten gewidmet war, er im NSA-Untersuchungsausschuss (als stellvertretendes Mitglied) mitgewirkt hat und er ein persönliches Treffen mit Edward Snowden in Moskau arrangiert hat, nachdem der Untersuchungsausschuss zu einer Vernehmung als Zeuge nicht in der Lage war.

12 <https://vdw-ev.de/wp-content/uploads/2016/02/Begruendung-der-Jury-Whistleblowerpreis-2013-Edward-Snowden.pdf>

13 Deutscher Bundestag, 18. Wahlperiode (2017): Beschlussempfehlung und Bericht des 1. Untersuchungsausschusses gemäß Artikel 44 des Grundgesetzes. BT-Drs. 18/12850, <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/128/1812850.pdf>

14 Patrick Sensburg, Armin Fuhrer (2017): Unter Freunden. Die NSA, der BND und unsere Handys - wurden wir alle getäuscht? Kulmbach: Plassen-Verlag



Andre Meister, netzpolitik.org

## PRISM: Amerikanischer Geheimdienst NSA hat direkten Zugriff auf alle Daten der großen Internet-Unternehmen

Der amerikanische Militärnachrichtendienst NSA hat direkten Zugriff auf alle Daten der großen amerikanischen Internet-Unternehmen. Das geht aus einer Präsentation seiner eigenen Abteilung „Special Source Operations“ hervor, die auszugsweise veröffentlicht wurde. Damit festigt die NSA einmal mehr ihren Ruf als größter Datenstaubsauger der Welt, der Daten in kaum vorstellbarem Ausmaß sammelt.

erschieden in der FfF-Kommunikation,  
herausgegeben von FfF e. V. - ISSN 0938-3476  
[www.fiff.de](http://www.fiff.de)

Nach dem Scoop<sup>1</sup> über das Absaugen der Vorratsdaten beim amerikanischen Telekommunikationsanbieter Verizon legt Glenn Greenwald noch einen drauf. Wieder beim britischen Guardian<sup>2</sup> zitiert er aus einer nur zwei Monate alten, 41-seitigen Powerpoint-Präsentation, dessen Authentizität der Guardian laut eigenen Angaben verifiziert hat.

In diesem „streng geheimen“ Dokument gibt der amerikanische Nachrichtendienst National Security Agency (NSA) zu, „direkten Zugriff auf die Systeme“ von neun der größten amerikanischen Internet-Firmen zu haben, um so ziemlich alle anfallenden Daten „direkt von den Servern“ abzuschnorcheln (Abbildung 1).

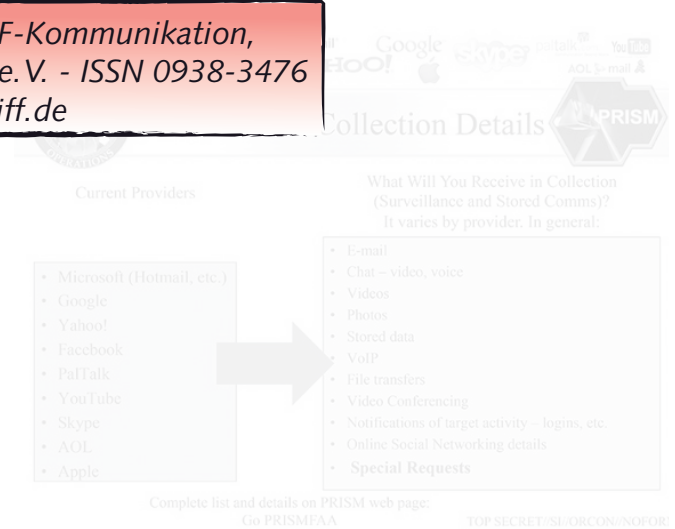


Abbildung 1: PRISM Collection Details